



Halbzeitbilanz ohne rosarote Brille

### **3 Jahre Bürgermeister – 3 Jahre Marketing**

Dass die CSU eine sehr positive Halbzeitbilanz zieht, war zu erwarten und ist sicher auch legitim. Legt man jedoch die rosarote Brille ab und zieht eine ehrliche Bilanz, sollten auch die negativen Seiten nicht unerwähnt bleiben, sowie falsche Aussagen klargestellt werden.

Ja, es hat sich viel getan in den letzten 3 Jahren, muss man glauben. Dies ist nicht verwunderlich, bei diesem massiven Marketing-Einsatz. Unzählige Webseiten, ein Corporate Design wie bei einer Firma und eine Omnipräsenz in den Medien, von denen manche Firmen nur träumen können, und nur Positiv-Nachrichten. Keine Rede ist von Wahlversprechen, die nicht gehalten wurden. Neben der Rubrik „Versprochen – gehalten“ müsste der Vollständigkeit halber eine zweite Spalte mit „Versprochen – gebrochen“ stehen.

Doch ein Blick zurück. Eines der zentralen Wahlversprechen des CSU-Bürgermeisterkandidaten Böttl war folgendes: „**Gemeinsamkeit statt Dauerstreit!** Als neuer 1. Bürgermeister würde ich deshalb vom ersten Tag an sämtliche Fraktionen einbinden und die verschiedenen Interessen zusammenführen. Denn: - Ein neues Miteinander kann nur dann funktionieren, wenn das Wohl der Gemeinde im Vordergrund steht und nicht Parteiinteressen.“ Diese Versprechen hat nicht einmal die erste Sitzung überlebt. Die anwesenden Bürger staunten nicht schlecht, als es zur Wahl des 2. und 3. Bürgermeisters ging. Mehr als deutlich war, dass dieses Thema in der CSU bereits abgesprochen war und eine taktische Mehrheit herbeigeführt wurde. Der in der Wahl knapp unterlegene Bürgermeisterkandidat der SPD, Stephan Keck, fand keine Berücksichtigung. Dies war jahrelang guter Stil in der Gemeinde Kirchheim und auch in der Gemeinde Ismaning funktioniert dies sehr gut. Damit war klar, dass es um reine Machtpolitik des Bürgermeisters und der CSU ging, was sich in den 3 Jahren letztendlich bestätigt hat. Wesentliche Entscheidungen werden immer mit 13:12 entschieden, eine Entscheidung nach dem eigenen Gewissen und zum Wohle der Gemeinde findet in vielen Fällen nicht mehr statt.

In Punkto ausreichende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen war die Gemeinde Kirchheim immer schon sehr gut aufgestellt und führt diese Politik erfolgreich fort. Hier von Versäumnissen in der Vergangenheit zu reden wird nicht richtiger oder besser durch ständiges Wiederholen. Es sei darauf hingewiesen, dass nach dem Bau der Kinderkrippe Christophorus das Baurecht für eine weitere Kinderbetreuungseinrichtung auf der Räterwiese geschaffen war. Dieser Plan wurde ohne Angabe von Gründen nicht umgesetzt. Und die Erweiterung von Sankt Franziskus war bereits im alten Gemeinderat beschlossen und auf den Weg gebracht, das Haus für Kinder wurde in der Ortsentwicklungsplanung bereits seit 2013 angedacht, nur die KITA an der Münchener Straße ist tatsächlich ein Verdienst des derzeitigen Gemeinderats.

Ein weiteres zentrales Wahlversprechen war: „1. Lärmschutz: Jetzt!“ mit den Unterpunkten „Tempolimit von 22.00 bis 6.00 Uhr: 80 km/h für PKW, 60 km/h für LKW,



- Flüsterasphalt entlang des gesamten Gemeindegebietes, - Fortsetzung der Lärm-schutzwand bis auf die Höhe von Hausen". Tatsächlich wurde relativ schnell die Lärm-schutzwand bis zur Staatsstraße fortgesetzt. Der informierte Bürger weiß natürlich, dass für diesen Abschnitt bereits Mittel seit 2012 eingestellt waren, aber bis zur Klä-rung der Übernahme der Kosten zur Beseitigung der Folgen des Ölunfalls am jetzigen Skaterplatz nicht weitergebaut werden konnte. Nachdem die juristische Klärung abge-schlossen war, rückten quasi am nächsten Tag die Bagger an. Der Weiterbau wurde mit dem Argument, dass beim 8-spurigen Ausbau der Autobahn A99 der Bund für die Kosten aufzukommen hat und auf Grund der angespannten Finanzlage der Gemeinde ausgesetzt. Im alten Gemeinderat hat die CSU dieses Argument immer torpediert. Wer an das Versprechen „60 km/h für LKW“ geglaubt hat, glaubt wahrscheinlich auch an den Osterhasen.

„Wirtschaftsförderung ist Chefsache“, ein weiteres Wahlversprechen. Gesunkene Ge-werbesteuereinnahmen, trotz eines Wirtschaftsreferates seit Ende 2013, lassen viele Fragen offen. Die Kosten für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, inklusive der Personal-kosten, sollten sich eigentlich nach 3 Jahren mal bezahlt machen. Hoffen wir, dass die eingeleiteten Maßnahmen im nächsten Jahr erste Früchte zeigen.

Bei der Ortsentwicklung und beim Bau des neuen Rathauses könnten wir bereits 2 Jahre weiter sein. Es wurden viel Zeit, Kosten und personelle Ressourcen für überflüs-sige Planungen verschwendet. Mit immer neuen Vorschlägen zum Standort Asylbewer-berheim versuchte er den bereits im alten Gemeinderat beschlossenen Standort an der Räterstraße, alternativ am Sportpark (wohl auch ein Wahlversprechen) zu verhin-dern. Auch die aberwitzige Idee, das neue Rathaus im jetzigen Kindergarten St. An-dreas mit entsprechendem Erweiterungsbau unterzubringen, generierte unnötige Kos-ten, die bisher nicht beziffert wurden, und Ressourcenverschwendung im Wesentlichen im Bauamt. Sollte damit die Ortsentwicklung ausgehebelt werden?

Der Bürgermeister im Kaufrausch. Den Kauf der Feldkirchener Str. 2, mit der Begrün-dung „Substanzerhalt im alten Ortskern Heimstetten“ mit der Überschrift „Sozial-Bür-gerhaus“ kann man noch nachvollziehen. Der Kauf des Schleckermarktes, zur tempo-rären Unterbringung der Bücherei, ist da schon in einem anderen Licht zu sehen. Beide Objekte standen seit langem im Wesentlichen leer und waren im Bereich Immo-biliengeschäft Ladenhüter. Das Grundstück an der Erdinger Str. (Flur Nr. 207) ist als Bevorratung an Grundstücken für die Gemeinde sinnvoll, der Kaufpreis liegt jedoch weit außerhalb einer sinnvollen Spanne. Obwohl im Flächennutzungsplan das Grund-stück eindeutig als „Fläche für die Landwirtschaft“ gekennzeichnet ist, wurde der Preis nach einem Gutachten gezahlt, das 2/3 der Fläche als Bauerwartungsland einstuft. Selbst der Hinweis auf diese Diskrepanz durch den damaligen Rechtsanwalt der Ge-meinde hat den Bürgermeister und die Mehrheit im Gemeinderat nicht davon abgehal-ten, den höheren Preis von mindestens 1 Mio € zu bezahlen. Die Frage nach dem „wa-rum“ bleibt offen und auch die Frage, wurde hier zum Wohle der Gemeinde entschie-den oder spielt Spezlwirtschaft / Wahlversprechen eine Rolle.

Neben den notwendigen Investitionen führt dies zu einem hohen Schuldenstand. Die Rücklagen von 2014 von 16,2 Mio € werden auf ca. 4 Mio € schrumpfen. Gleichzeitig wird der Schuldenstand von 7,2 Mio € Ende 2014 auf 16,7 Mio € bis Ende 2017



wachsen und in den Folgejahren bis 2019 um weitere ca. 14,5 Mio € ansteigen. Begründet wird dies mit dem Investitionsstau aus den letzten Jahren. Ein Blick in den Haushalt 2017 zeigt, dass in den meisten Jahren im Zeitraum zwischen 2007 und 2014 die Investitionsquote der Gemeinde höher war, als aktuell für 2017 geplant. Angesichts dieser Haushaltslage darf man auch fragen, warum die Aussage des Bürgermeisters bei der Vorstellung des Neubaus / Sanierung des Gymnasiums durch das Büro Degle & Degle im Mai 2015 „Mit mir wird es keinen Neubau geben“, nur ganz kurze Zeit Gültigkeit hatte. Die Diskrepanz zwischen der kostengünstigsten Variante (Teilneubau und Sanierung) lt. Degle & Degle von knapp 50 Mio. € zum letzten Stand Neubau mit 77 Mio € ist schon sehr gravierend. In solchen Fällen kommt postwendend die Begründung, dass in der alten Planung etwas vergessen wurde. Wir glauben nicht, dass ein Büro Degle & Degle unsauber gearbeitet hat. Muss Kirchheim immer, im Vergleich zu anderen Gemeinden, den teuersten Bau haben?

Die Personalführung darf in Frage gestellt werden. Wenn ca. 30% der Mitarbeiter inzwischen neu sind, ist dies kein gutes Zeichen für die Führung. Außerdem geht eine Menge Wissen verloren und muss durch die neuen Mitarbeiter erst wieder neu aufgebaut werden. Die Personalkosten sind von 5.576.500 € (2014) auf 6.584.300 € (2016) gestiegen.

Zu einer sachlichen Auflistung zählen natürlich auch die positiven Seiten. Die Ausarbeitung und die Realisierung eines durchgängigen Radwegenetzes ist ein guter Schritt zu einer ökologischen Gemeinde.

Die zügige Umsetzung der Wohnungen an der Münchener Straße, nachdem das Modell „Mehrgenerationen-Wohnen“ nicht so richtig ins Laufen kam, hilft ein wenig, die Wohnungsnot mit günstigeren Wohnungen zu lindern. Im Rahmen der Entwicklung „Kirchheim 2030“ sollen weitere günstige Wohnungen entstehen. Hier liegt jedoch das Für und Wider im Detail, was separat zu beleuchten wäre.

Die Stärkung des Räterentrums durch die Genehmigung des Ausbaus des ehemaligen Tengelmans, sowie eines weiteres Marktes, ermöglicht die Ansiedlung von zwei Kaufmagneten durch die Fritz-Humplmayr-Hausverwaltung. So bleibt das Räterzentrum im schwierigen Umfeld ein lebendiger Treffpunkt und sorgt für eine intakte Nahversorgung.

Die Idee, Industriegebiete zu clustern und die Überlegung, wie man unattraktive Gewerbegebiete interessant gestalten kann, um Betriebe zu gewinnen, ist ein guter Ansatz. Wir hoffen, dass dies zum erwünschten Erfolg führt und die Wirtschaftsförderung tatsächlichen Einfluss nehmen kann.

Wir wünschen uns in den nächsten drei Jahren weniger Marketing und mehr sachliche Arbeit, ehrliche und ausgewogene Informationen für die Bürger und den Gemeinderat, denn die versprochene Transparenz hilft, sachlich zu entscheiden. Und, ganz wichtig, die Kosten im Auge behalten, denn wir leben nicht nach einem Wunschkonzert, sondern sind dem Wohle der Gemeinde verpflichtet.